

## **Grundsatzfragen**

### **Antrag 1.1**

**Antragsteller: Landesvorstand**

## **Forderungen an eine neue Landesregierung**

### **I. Grundsätze**

Bildung ermöglicht es dem Menschen, seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Talente sowie seine sozialen Fähigkeiten zu entfalten. Sie dient der allseitigen Entwicklung des Menschen. Gute und umfassende Bildung bringt dem Menschen nicht nur die Voraussetzungen für die Führung eines selbst bestimmten Lebens, sondern versetzt ihn auch in die Lage, die Gesellschaft mit zu gestalten. Deshalb darf Bildung nicht rein ökonomischen Verwertungsinteressen unterliegen.

Dem deutschen Bildungssystem mangelt es an Gerechtigkeit. Auch im Jahr 2011 bestimmt die soziale Herkunft über Bildungs- und Zukunftschancen. Von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule benachteiligt das deutsche Bildungssystem Menschen aus einkommensschwachen Familien und mit Migrationshintergrund. Die GEW macht sich für das Recht auf Bildung für alle Menschen in einem inklusiven Bildungssystem stark. Bildung muss alle Menschen einbeziehen und gesellschaftliche Ungleichheiten abbauen. Aussonderungen nach Herkunft und sozialer Stellung, nach Behinderung oder Krankheit, nach Konfession oder Weltanschauung, nach Geschlecht oder Nationalität darf es nicht geben.

Als Bildungsgewerkschaft sind wir sowohl eine wichtige bildungspolitische Stimme für ein starkes Bildungssystem in öffentlicher Verantwortung als auch gewerkschaftliche Interessenvertretung für unsere Mitglieder.

Wir leiten daraus u. a. folgende Positionen und Forderungen ab:

1. Der Zugang zu Bildung von der Kindertagesstätte, über Schule bis hin zur Hochschule und zu Weiterbildungseinrichtungen muss beitrags- und diskriminierungsfrei sein.
2. Alle Kinder und Jugendliche lernen gemeinsam in „Einer Schule für alle“.
3. Alle Bildungsbereiche sind für Kinder mit und ohne Behinderung geöffnet.
4. Gebundene Ganztagschulen, Ganztagsangebote und Schulsozialarbeit werden ausgebaut.
5. Der Ausbau von Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Die GEW will daher ein starkes öffentliches Bildungssystem auf solider finanzieller Basis.
6. Alle Hochschulen müssen sozial geöffnet werden. Sie sind personell und finanziell so auszustatten, dass sie künftigen Anforderungen an Lehre und Forschung gerecht werden und eine qualifizierte Ausbildung gewährleisten können.
7. Das Weiterbildungssystem ist in allgemeiner staatlicher Verantwortung. Weiterbildungsprogramme müssen Bestandteil einer aktiven Sozial-, Kultur- und Beschäftigungspolitik in der Region sein.
8. Zu guter Bildung gehören auch gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Nur mit guten Arbeitsbedingungen ist gute Bildung möglich. Belastungen durch zu hohe Arbeitszeit sowie zu große Gruppen / Klassen in Kitas, Schulen und Hochschulen müssen deshalb reduziert werden. Die GEW lehnt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 ab.

9. Die GEW fordert volle Verhandlungs- und Mitbestimmungsrechte für alle Beschäftigten, auch für Beamtinnen und Beamte. Sie tritt für ein einheitliches Personalrecht im öffentlichen Dienst ein. Das Streikrecht muss als Menschenrecht auch für Beamtinnen und Beamten in Deutschland anerkannt werden.
10. Die GEW kämpft für die volle tarifvertragliche Absicherung aller Beschäftigten, an privaten wie auch an öffentlichen Bildungseinrichtungen. Nachdrücklich fordert die GEW die Tarifierung der Entgeltordnung für die Lehrerinnen und Lehrer (L-ego). Als Ziel streben wir die einheitliche Vergütung (EG 14) bzw. Besoldung (A 13) für alle Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von Schulart und Schulstufe an.
11. Die GEW setzt sich für gleiche Rechte und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen und Männer ein. Die Entwicklungs- und Karrierehemmnisse für Frauen, vor allem im Hochschulbereich, müssen dringend abgebaut werden.
12. Die GEW wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit. Es ist eine besondere Verpflichtung der PädagogInnen und WissenschaftlerInnen, ein Klima der Toleranz gegenüber Minderheiten zu schaffen. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen zu ermöglichen ist eine Hauptaufgabe aller gesellschaftlichen Einrichtungen und Gruppen. Die GEW setzt sich deshalb auch für die interkulturelle Öffnung aller Bildungseinrichtungen ein.

## **II. Forderungen der GEW an die nächste Landesregierung**

Im Sinne eines gerechten und zukunftsorientierten Bildungssystems halten wir einen Kurswechsel der Politik für notwendig und für machbar. Als Einstieg in diesen Kurswechsel fordern wir von der künftigen Landesregierung ein 14 – Punkte - Programm zur Verbesserung der Bildungspolitik und der Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten:

1. Erhalt aller durch den Schülerrückgang frei werdenden Stellen im Bildungssystem.
2. Schrittweise Reduzierung der Lehrerarbeitszeit durch eine Pflichtstundenreduzierung zunächst um eine Unterrichtsstunde zum Schuljahr 2013/14 für die Lehrkräfte an den Grundschulen. Zum Schuljahr 2014/15 findet eine weitere Pflichtstundenreduzierung mit dem Ziel statt, die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte an Grund-, Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie an Förderzentren auf 26 und an Berufsbildenden Schulen sowie Gymnasien auf 24,5 zu senken. Die übrigen Lehrkräfte an den Schulen erhalten zu diesem Zeitpunkt bezogen auf den Erlass vom 20. Juli 2010 ebenfalls eine Reduzierung ihrer Pflichtstunden um je eine Stunde. In einem Stufenplan sollen sich weitere Pflichtstundenreduzierungen hin zum Ziel der GEW - höchstens 24 Pflichtstunden für alle Lehrerinnen und Lehrer – anschließen:
3. Einführung von Maximalklassengrößen. Schrittweise Absenkung deren Größe: ab Schuljahr 2013/14 auf maximal 25 für die Klassen 5 bis 13 sowie an den Berufsbildenden Schulen und 22 an den Grundschulen. Weitere Absenkung ab Schuljahr 2015/16 auf maximal 23 bzw. 20. In Brennpunktschulen und Integrationsklassen ist die Maximalgröße jeweils um zwei kleiner.
4. Ein „Schulfrieden“ ist nur auf der Basis eines neuen Schulgesetzes und weiterer begleitenden Maßnahmen möglich: Auslaufen von G-9, Wieder-Verankerung des gemeinsamen Lernens in den Gemeinschafts- und Regionalschulen,

Zusammenführung der Regional- und Gemeinschaftsschulen, Wiedereinführung der gestrichenen Förder- und Differenzierungsstunden an Gemeinschafts- und Regionalschulen, Etablierung von mindestens einer neuen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen pro Kreis.

5. Anhebung der sonderpädagogischen Ressourcen auf den Bundesdurchschnitt.
6. In der Eingangsphase der Grundschule werden Doppelbesetzungen ermöglicht.
7. Schrittweiser Ausbau einer auf Dauer angelegten Schulsozialarbeit auf eine SozialpädagogInnenstelle pro 300 SchülerInnen.
8. Mindestens 10 % der Schulen werden gebundene Ganztagschulen.
9. Gleichlange und -wertige Ausbildung für alle LehrerInnen unabhängig von Schulform und Laufbahn. Alle für die Schulen notwendigen Fächer und Lehrämter müssen an den Hochschulen angeboten werden.
10. Höhergruppierung der „Pädagogischen MitarbeiterInnen“ an den Förderzentren G.
11. Gewährung von Ausgleichstatbeständen zur Absenkung der Pflichtstundenzahl der tarifbeschäftigten Lehrkräfte (Hintergrund: die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein ist für die BeamtInnen höher als für die Tarifbeschäftigten, die Pflichtstundenzahl ist aber für alle Lehrkräfte gleich).
12. Stufenplan für die Reduzierung der Gruppengrößen in Kitas: maximal 20 Kinder ab 2013 (Abschaffung aller bestehender Ausnahmeregelungen); maximal 18 ab 2015 und 15 ab 2017 (jeweils bei zwei Fachkräften pro Gruppe). Maximal 8 Kinder in Krippen ab 2013.
13. Stufenplan für Beitragsfreiheit in Krippen und Kindertagesstätten ab 2013: von Jahr zu Jahr ein Jahr mehr beitragsfrei.
14. Schaffung von 5000 zusätzlichen Studienplätzen in Schleswig-Holstein sowie der dazu notwendigen Infrastruktur.